

1 **Diskussionsanstoß des LJRT:**
2 **„Parteiendemokratie in der Krise? –**
3 **Beobachtungen zur Distanz zwischen der Jugend und den Parteien“**
4
5

6 **Beobachtungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz von Parteien im Allgemeinen**
7

8 Die tradierten Milieus in der Parteienlandschaft greifen nicht mehr. Pluralisierung und
9 Individualisierung der politischen Interessen – auch innerhalb der Parteien – führen dazu, dass
10 die Kerninhalte der Parteien zum Teil nicht mehr unterscheidbar sind. Dies kann dazu führen,
11 dass sich Parteienverdrossenheit breit macht, da nicht mehr hinreichend deutlich wird, wofür
12 die jeweilige Partei steht. Dabei wird deutlich, dass es den beiden großen Volksparteien nicht
13 mehr gelingt, den Großteil der Wähler*innen auf sich zu vereinen.
14

15 Parteien besetzen inhaltlich Politikfelder, die früher für andere standen. Parteien der großen
16 Koalitionen (und teilweise deren Amtsträger*innen) behaupten immer wieder, dass ihre Politik
17 alternativlos sei. Weite Teile der Bevölkerung haben den Eindruck, dass es Parteien nur noch
18 um den Machterhalt oder den Machtgewinn gehe und nicht mehr um den Interessenausgleich
19 der unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Gesellschaft. Unerwünschte Entwicklungen im
20 bundesdeutschen Parteienspektrum haben ihre Ursache vermutlich auch darin, dass es
21 Parteien immer weniger vermögen, komplexe Zusammenhänge allen Bevölkerungsgruppen
22 hinreichend zu erklären. Die bisherigen Schemata vermischen sich und Parteienverdrossenheit
23 macht sich allenthalben grundsätzlich weiter breit. Obgleich gegenwärtig die Wahlbeteiligung
24 steigt – begründet ursächlich im Aufkommen der AfD (aktueller Effekt der Erhöhung im Zuge
25 der Nichtwähler*innen-Aktivierung) –, bleibt festzuhalten, dass trotz gegenwärtigen Effektes
26 der Rückgang der Wahlbeteiligung langfristiger Natur ist und tieferer Begründungen unterzogen
27 werden muss.
28

29 Des Weiteren ist ersichtlich, dass die Wahlbeteiligung auf den unterschiedlichen Ebenen
30 deutlich differiert. Im Ergebnis ist festzustellen: Auf kommunaler Ebene ist die Wahlbeteiligung
31 am geringsten; sie liegt in manchen Gemeinden um 30 %. Bei Stichwahlen noch darunter. Das
32 Interesse am Mitentscheiden sinkt in der Bevölkerung.
33

34 Bei der Betrachtung der Wahlbeteiligung zeichnet sich ab, dass die Beteiligungsquote junger
35 Menschen unter der Wahlquote liegt. Obwohl die AfD bei Wahlen in der Altersgruppe der 18-
36 bis 24-Jährigen unterdurchschnittlich abschneidet, wird deutlich, dass die demokratischen
37 Parteien an Bindekraft verlieren. Ob dies auf eine langfristige Entwicklung hindeutet, oder ein
38 kurzfristiger Trend ist, bleib abzuwarten.
39

40 Die abnehmende Wahlbeteiligung betrifft dabei auch jene Altersgruppe, für die das Wahlalter
41 im „mehr“-demokratischen Sinne eigentlich abgesenkt wurde.
42

43 Junge Menschen, auch und gerade die, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind
44 Teil der Gesellschaft, mit vielen Rechten, aber auch mit eigenen Vorstellungen und Ansprüchen,
45 die wahrgenommen und im politischen Alltag umgesetzt werden müssen. Sie wollen mitreden
46 und sich einbringen, scheitern jedoch möglicherweise an den starren Strukturen und langen

47 „Karrierewegen“ innerhalb der Parteien. Dies kann eine Erklärung dafür sein, warum die
48 demokratischen Parteien an Attraktivität für sie verloren haben.

49
50

51 **Beobachtungen hinsichtlich einer Distanz junger Menschen zu Parteien im Besonderen**

52

53 Politische Parteien versuchen, Jugendliche zwar anzusprechen. Die politischen
54 Jugendorganisationen ebenso wie politische Parteien sehen es als ihre Aufgabe an, die
55 Interessen junger Menschen innerhalb der Parteien zu vertreten. Fraglich ist jedoch, ob es den
56 Parteien gelingt, das Vertrauen der Jugendlichen zu erreichen.

57

58 Das politische System in Deutschland ist komplexer und politische Entscheidungen sind
59 komplizierter geworden. Um sie verstehen zu können, ist heute mehr als politisches
60 Grundwissen erforderlich.

61 Parteien versuchen, Jugendliche mit breitem – aber auch weniger ausgeprägtem – Basiswissen
62 und Interesse sowie mit Hilfe von Partei- und Wahlprogrammen anzusprechen, vor allem um
63 den eigenen Parteienwuchs zu sichern und „milde“ zu stimmen. Folgt nach breit diskutierten
64 und hart umkämpften Wahlprogrammaussagen eine Regierungsbeteiligung, so bleibt oftmals,
65 insbesondere von den hart umkämpften Wahlaussagen, wenig übrig. Hierbei wird immer
66 wieder auf den/die anderen Koalitionspartner*innen verwiesen.

67

68 Jugendliche haben für sich einen Seismograf: Wird ihr Vertrauen in eine Partei enttäuscht,
69 gewinnen sie den Eindruck, die Parteien, Regierung und Politiker*innen nehmen ihre
70 spezifischen Interessen und ihre Ängste nicht ernst, so distanzieren sie sich. Die Folge ist: Das
71 bereits zurückhaltende Vertrauen zum politischen System schrumpft weiter.

72

73 Auffällig ist des Weiteren, dass das Interesse Jugendlicher an globalen Themen höher als bei
74 „nahen“ Themen ist. Dies zeigten beispielsweise zuletzt die Demonstrationen gegen TTIP und
75 CETA. Dies zeugt jedoch auch davon, dass ein Interesse an politischen Debatten und somit auch
76 ein großes Mobilisierungspotential durchaus vorhanden ist. Das Problem der Kommunalpolitik
77 jedoch ist, dass die herkömmlichen Debattenformate verstaubt und uninteressant wirken. Hier
78 müssen die Parteien anstatt der starren Diskussionsforen neue Formate wie einen Ausbau der
79 Onlinebeteiligungsmöglichkeiten ausprobieren, um dieses Mobilisierungspotential nutzen zu
80 können.

81 Dabei spielt auch die Themenwahl eine Rolle. Die aktuellen Debatten beispielsweise um die
82 Rentenerhöhung oder die Feststellung, dass das Internet Neuland wäre, verstärken die
83 Politikverdrossenheit unter Jugendlichen. Bildungspolitik, Breitbandausbau, Industrie 4.0 und
84 ähnliche zukunftsorientierte Themen finden in der öffentlichen Wahrnehmung nicht denselben
85 Raum. Diese Themen würden jedoch junge Menschen verstärkt ansprechen.

86

87 Dadurch, dass alle Minderjährigen auf Grund des Wahlalters von den Wahlen (abgesehen von
88 ein paar Landtags- und Kommunalwahlen) ausgeschlossen sind und es auch keine wirklichen
89 alternativen politischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche gibt, gibt es auch für
90 Politiker*innen auch keine Notwendigkeit, um die Gunst von Jugendlichen zu werben und
91 deren Themen zu bedienen.

92

93 Zum anderen spiegeln sich auch die altersbedingten Interessen der Abgeordneten in den
94 Debatteninhalten wider. Solange das Durchschnittsalter in den (Kommunal-, Landes- und
95 Bundes-)Parlamenten und den Parteien näher am Rentenalter als an der Jugend ist, werden
96 bestimmte Themen und Innovationen nicht wirklich berücksichtigt. Jugendliche müssen stärker
97 in die politischen Debatten und Entscheidungsprozesse eingebunden werden und das sowohl in
98 der allgemeinen Politik als auch bei den Parteien.

99
100 Unverständliche und abstrakte „Insider*innensprache“ sowie das hohe Alter vieler
101 Politiker*innen, komplizierte und undurchsichtige Strukturen, mangelnde Nähe und
102 mangelndes Vertrauen in Politiker*innen sind mögliche Gründe, weshalb sich Jugendliche von
103 Politik und Parteien abwenden, anstatt mitzumachen und mitzudenken. Offensichtlich wird
104 auch wahrgenommen, dass Politiker*innen oft vermeintliche Stimmengewinne für ihre Partei
105 über moralische Ansprüche und die eigene Parteiprogrammatik stellen.

106
107 Die Distanz junger Menschen erfährt auch eine Begründung durch das Elternhaus und die
108 Schule. Um sich für Politik zu interessieren und sich auch in Parteien zu engagieren, bedarf es
109 zunächst einmal einer grundsätzlichen Aufgeschlossenheit gegenüber politischen Fragen. Diese
110 spielen in Schule kaum eine Rolle. Ebenso auch im Elternhaus und wenn doch, dann oft negativ
111 besetzt. Beide Sozialisationsinstanzen müssten eine gewisse Vorbildfunktion ausüben, um
112 politisches Desinteresse erst gar nicht aufkommen zu lassen.

113
114
115
116 **Empirische Befunde hinsichtlich des politischen Interesses bzw. der politischen Partizipation**
117 **junger Menschen**

118
119 Es ist bereits längere Zeit zu konstatieren, dass unterschieden werden muss zwischen dem
120 Interesse **an Politik** und dem möglichen Engagement **in der Politik**, respektive den Parteien.

121
122 Stellt die 17. Shell Jugendstudie 2015 fest, dass sich das Interesse an Politik bemerkenswert
123 erhöht (teilweise um 50 % und dies in mehreren Zielgruppen), zitiert sie aber gleichzeitig
124 Jugendliche, die meinen, sich niemals in der Politik engagieren zu wollen.

125
126 Das Vertrauen in gesellschaftliche Gruppierungen und Institutionen ist zwar etwas gestiegen,
127 Parteien genießen allerdings das geringste Vertrauen. Die Motivation zum politischen
128 Engagement hat sich verändert.

129
130 Dies wird auch daran deutlich, dass sich junge Menschen zwar engagieren, aber nicht in
131 politischen Parteien. Soziales und politisches Engagement außerhalb der Parteien – in
132 Jugendverbänden, Vereinen, Bürgerinitiativen, Projekten – wird durch Jugendliche gelebt und
133 deshalb auch für die Stabilität des politischen Systems und der Demokratie ebenso wichtig.
134 Junge Menschen bringen somit zum Ausdruck, sich für die Gestaltung unseres Gemeinwesens
135 verantwortlich zu fühlen. Sie sehen innerhalb der Parteistrukturen kaum die Möglichkeit der
136 Einflussnahme und auch keine Ergebnisse ihres Engagements.

137
138 Reicht dies jedoch aus?

139

140 Wenn politische Parteien künftig ihre Funktion im politischen System – von der
141 Interessenartikulation und Partizipation über Politikformulierung und -kontrolle bis hin zur
142 Personalrekrutierung und demokratischen Legitimation politischer Entscheidungen – erfüllen
143 wollen, müssen sie für junge Menschen attraktiver werden: Sie müssen sich öffnen für die
144 Wünsche, aber auch Visionen junger Menschen, müssen ihnen die Möglichkeiten geben, ihre
145 Interessen selbst zu vertreten und als Partner*innen auf Augenhöhe ernst genommen zu
146 werden. Das heißt auch, dass die Ideen junger Menschen in die Praxis umgesetzt werden
147 sollten, wenn dies möglich ist.

148

149

150

151 **Wir regen an, dass sich die Parteien selbst, aber auch alle anderen, an einem**
152 **gesellschaftlichen Diskurs zur Zukunftsfähigkeit unserer Parteiendemokratie Interessierten**
153 **mit folgenden Fragen intensiver auseinandersetzen:**

154

155 ➤ Welche Strategien verfolgen die demokratischen Parteien in Thüringen selbst, um für
156 junge Menschen attraktiver zu werden?

157 ➤ Was sind die Ursachen dafür, dass Parteien zu einschlägigen strukturellen
158 Veränderungen oftmals nicht fähig oder willens sind?

159 ➤ Warum scheuen sich Parteien noch zu sehr, Instrumente einer Eigenständigen
160 Jugendpolitik (z.B. verbindliche Mitentscheidungsquoten für junge Menschen,
161 Jugendcheck, ...) stärker und zeitnäher voranzubringen?

162 ➤ Sind Parteien angesichts des immer weiter zurückgehenden politischen Mitwirkens
163 (insbesondere der jungen Generation) überhaupt noch ein zukunftsfähiges Modell
164 unserer parlamentarischen Demokratie?

165

166